



4, rue Vauban / L-2663 Luxembourg  
Tél.: 43 90 30 1 / Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu  
www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000  
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

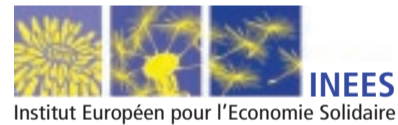
02.02.2012  
Paraît au moins 12 fois par an

## Naturschutz, Klimaschutz, Gemeindepolitik, Demokratie, Siedlungsentwicklung, Wirtschaftswachstum ...

... die Themen dieses Kéisecker-Infos geben zentrale Schwerpunkte der Arbeit des Mouvement Ecologique in diesem Jahr wieder. Angesichts des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums und dem damit verbundenen Landverbrauch, steigt der Druck auf unsere Natur und Landschaft erheblich, auch die Klimaproblematik wird - u.a. durch das steigende Mobilitätswolumen - hierdurch verschärft. So dürfte dann auch eine Fragestellung erneut 2012 dominieren: welches Luxemburg von morgen streben wir an? Auch die Gemeinden werden in dieser Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen. Es ist zu hoffen, dass nach den Gemeindewahlen die neuen Räte noch stärker Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzen und so verstärkt Zukunft „von unten“ gestalten. Erste Anregungen (siehe Seite 2) stellte der Mouvement Ecologique den Gemeinden bereits zu.



## KLIMASPOT Demokrati an de Gemengen, Naturschutz, Dossier Livingen u.a.m.



Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg laden gemeinsam mit Caritas, Centre Pastoral en Monde du Travail, Etika, Initiativ fir Alternativ Finanzéierung, Institut Européen pour l'Economie Solidaire, „Cellule pour le développement durable – Arbeitsgruppe nachhaltige Entwicklung“ der Universität Luxemburg laden ein zu einer Konferenz

## Wohlstand oder Wachstum? Neue Bilder vom guten Leben im Kontext der Herausforderung nachhaltiger Entwicklung

Vortrag von Mag. Hans Holzinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung Salzburg

am Montag, den 13. Februar 2012 um 20.00 im Hôtel Parc Belle-Vue,  
5, av. Marie-Thérèse, Luxembourg

In der Natur gibt es immer Wachstumsgrenzen. Bäume wachsen nicht in den Himmel.

In der Wirtschaft hat sich ein Denken verfestigt, das von immerwährendem Wachstum ausgeht. Begrenzung wird als Stillstand, Schrumpfung als Gefahr empfunden.

Die begrenzten Ressourcen in einer sich rapide verändernden Welt, aber auch die Krisen des Wohlfahrtsstaats sowie der Zukunft sozialer Sicherung legen jedoch ein neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand nahe.

Wachsen sollen Güter wie Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeit und soziales Miteinander, schrumpfen unser Ressourcen- und Energieverbrauch.

Der Vortragende wird gängige Argumente für Wirtschaftswachstum einer kritischen Prüfung unterziehen und dabei Alternativwege aufzeigen.

Ergebnisse der Zufriedenheits- und Gleichheitsforschung helfen dabei ebenso wie die Erkenntnis, dass die bisherigen ökologischen, vor allem auf bessere Technologien setzenden Reformschritte nicht reichen werden.

Schließlich stellt der Nachhaltigkeitsexperte ein achtdimensionales Wohlstandskonzept zur Diskussion, das zeigt, dass Wohlstand viel mehr ist als Güterbesitz.

Anschließend laden die Organisatoren zu einem «Patt» ein.



Mag. Hans Holzinger ist Geograph und Germanist und seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Nachhaltigkeit, Zukunft der Arbeit und sozialen Sicherung, nachhaltige Raum- und Stadtentwicklung, neue Wohlstandsmodelle.

Er ist Autor des Buches „Nachhaltig leben. 25 Vorschläge für einen verantwortungsvollen Lebensstil“, Herausgeber des Bandes „Nachhaltig – aber? Wege zur Zukunftsfähigkeit“ sowie Mitherausgeber des Bandes „Sustainable Mozart. Kunst, Kultur und Nachhaltigkeit“.

Überdies ist er seit nunmehr 20 Jahren Mitherausgeber der Zeitschrift „Pro Zukunft. Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ und Herausgeber des Online erscheinenden „JBZ-Newsletters“.

2010 sind seine Studien „Wirtschaften jenseits von Wachstum?“ sowie „Zur Zukunft der Arbeit“ erschienen.

Seit 2008 ist Holzinger Lehrbeauftragter an der Universität Klagenfurt zum Thema „Partizipative Zukunftsgestaltung“, von 2008 – 2009 hat er die Initiative „Leben auf (zu) großem Fuß“ des Landes Salzburg geleitet und in diesem Rahmen ein Spiel zum „Ökologischen Fußabdruck“ entwickelt.

Seit 2009 ist er Mitarbeiter am Projekt „Wachstum im Wandel“ des Österreichischen Lebensministeriums ([www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)). Seit vielen Jahren Vortrags- und Publikationstätigkeit zu Themen der Nachhaltigkeit sowie Mitarbeit in einschlägigen Foren, etwa im Entwicklungspolitischen Beirat des Landes Salzburg sowie im „Salzburger Netzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Weitere Infos: [www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at), [h.holzinger@salzburg.at](mailto:h.holzinger@salzburg.at)

## COTISATIOUN 2012

Léiwe Member,

Mir bieden Iech - falls Dir dat nach net gemaach hutt - Är Cotisatioun 2012 fir Är Memberschaf am Mouvement Ecologique op ee vun eise Konte bezuelen. D'Beiträg vun der Memberschaf goufen 2011 erhéicht, considéiert daat w.e.g. falls Dir daat nach net gemaach hutt bei Ärem „Ordre permanent“ resp. Ärer Iwwerweisung. De Mindestbeitrag ass 50.- Euro (Studenten an Aarbechtsloser 20.- Euro), d'Cotisatioun fir en Haushalt kascht 75.- Euro am Joer.

CCPLLUL IBAN LU16 1111 0392 1729 0000 oder BCEEULLUL IBAN LU20 0019 1300 1122 4000.

Villmols Merci fir Är weider Ennerstëtzung.



# klima

## De Mouvement Ecologique mëscht Klimaspot!

Jeder von uns weiß, wie wichtig der Klimaschutz ist, nicht nur für unsere heutige, sondern vor allem auch für die kommenden Generationen.

Der Mouvement Ecologique wollte dieses Thema in einer anderen Art und Weise angehen und hat einen "Klimaspot" bei der Produktionsgesellschaft Pyrrhus in Auftrag gegeben.

Dieser Kurzfilm will mit einem ironischen Blick auf die Bedeutung des Klimaschutzes und auf die Verantwortung jedes Einzelnen aufmerksam machen – besonders in einem Land wie Luxemburg mit sehr hohen Emissionen pro Kopf.

Lust reinzuschauen:

[www.meco.lu](http://www.meco.lu)

oder Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=ljQBZOD2Bwl&feature=youtu.be>



# Gemengepolitik

## Vorschläge zur Gestaltung des internen Reglementes über die Funktionsweise des Gemeinderates und der beratenden Kommissionen sowie die Information und Beteiligung der BürgerInnen

Jede Gemeinde soll gemäss Gemeindegesetz über ein internes Reglement verfügen, in dem die Arbeitsweise in der Gemeinde etwas detaillierter geregelt wird. D.h. dieses interne Reglement ist doch von eminenter Bedeutung für das demokratische Funktionieren einer Gemeinde. Nun, nachdem die Gemeinde- und Schöffenräte neu besetzt sind, ist sicherlich ein guter Augenblick, um das Reglement einer Gemeinde zu überarbeiten. Der Mouvement Ecologique schickte deshalb im Dezember ausführliche Vorschläge an alle Gemeinderatsmitglieder. Haben Sie Interesse daran? Wollen Sie Ihre Gemeinde darauf hinweisen und anregen vor allem demokratische Spielregeln festzulegen? Dann schauen Sie auf unserer Homepage [www.meco.lu](http://www.meco.lu) rein, hier finden Sie alle Unterlagen zum Thema. Gerne schicken wir Ihnen diese aber auch zu. Im Folgenden sei lediglich der Begleitbrief, der an die Gemeinden gerichtet wurde, veröffentlicht (das detaillierte Dokument wäre zu voluminös).

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Mouvement Ecologique ist als parteipolitisch unabhängige Umweltorganisation der Überzeugung, dass die Gemeinden wesentliche Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzen können. Die Vergangenheit hat dies gezeigt: zahlreiche wichtige Initiativen wurden vor allem Dank der Gemeinden – „von unten“ – in die Wege geleitet.

Deshalb engagiert sich der Mouvement Ecologique und seine Regionalsektionen mit Konsequenz auf der Ebene der Gemeindepolitik.

Wir erlauben uns Ihnen in diesem Zusammenhang konkrete Vorschläge betreffend die Umsetzung von Artikel 14 des Gemeindegesetzes zu übermitteln. Dieser Gesetzesartikel sieht vor, dass jeder Gemeinderat seine Funktionswei-

se in einem internen Reglement klären soll. 1989 hatte das Innenministerium allen Gemeinden Empfehlungen für ein derartiges Reglement zugestellt. Auf Anfrage des Innenministeriums wurde uns mitgeteilt, dass das Ministerium zu diesem Zeitpunkt wohl keine neuen Vorschläge an die Gemeinden weiterleiten will.

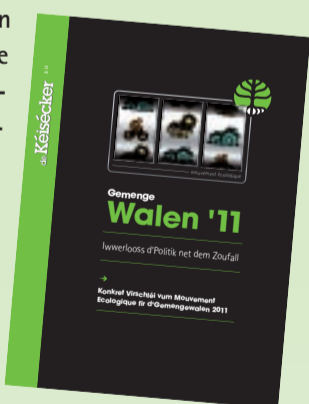
Der Mouvement Ecologique ist jedoch der Überzeugung, dass die Vorschläge des Ministeriums bereits 1989 verbesserungswürdig waren und sich nunmehr – über 20 Jahre später – ohne Zweifel eine Reihe weiterer Abänderungen aufdrängen.

Wir erlauben uns Ihnen deshalb zu schreiben, um – auf der Grundlage des Textes des Innenministeriums von 1989 – Anregungen für die Funktionsweise des Gemeinderates und der beratenden Kommissionen zu geben. Die vorgeschlagenen Abänderungen sind, insofern sie konform sind zu den gesetzlichen Vorgaben, absolut zulässig: jede einzelne Gemeinde kann demnach hierüber frei entscheiden.

Die Vorschläge des Mouvement Ecologique können Ihnen übrigens auch per mail zugestellt werden oder es kann ein Download von unserer Internetseite [www.meco.lu](http://www.meco.lu) erfolgen.

Außerdem möchten wir Sie auf unsere spezifische Internetseite zum Thema Gemeindepolitik aufmerksam machen: [www.gemengepolitik.lu](http://www.gemengepolitik.lu).

Neben allgemeinen Informationen – wie z.B. auch dieser Stellungnahme – finden Sie hier auch eine Rubrik „best practice-Beispiele“. Wir wollen damit unterstützen, dass gute Projekte in der Gemeinde bekannter werden und auch verstärkt Nachahmer finden. Die Rubrik lebt aber auch davon, dass Gemeinden uns ihre positiven Projekte mitteilen. Deshalb richten wir einen Appell an Sie: Bitte informieren Sie uns über nachhaltige Projekte in Ihrer Gemeinde, die sich für eine Darstellung auf der Internetseite eignen würden.



# news

# Partnerschaft mit NGOs

## aktuelles

### Mouvement Ecologique unterstützt französische Umweltorganisationen im Engagement gegen den Bau einer Straße in einem wertvollen Naturschutzgebiet

Als Paradiese aus Menschenhand werden die ehemaligen Tagebaugelände in der Minetteregion bezeichnet. Viele Pflanzen und Tiere, darunter sehr seltene, europaweit bedrohte Arten finden hier letzte Rückzugsräume in einer ansonsten weitestgehend ausgeräumten Landschaft. Deshalb wurden all jene Flächen Luxemburgs als Natura 2000-Gebiete auch unter Schutz gestellt. Wie grüne Inseln ragen diese Schutzzonen aus dem dichten Ballungsraum zwischen Pétange und Düdelingen heraus.

Diese Verinselung ist denn auch eine der größten Gefahren für diese Artenvielfalt. Diese Bedrohung war bislang nicht gegeben, da auch auf französischer Seite ein riesiger Tagebau die Flächen zwischen Differdingen ("Giele Botter" und dem

"Galgebierg" von Beles und Esch-Alzette) untereinander vernetzte. Obschon hier die Artenvielfalt und die Bestände von extrem bedrohten Arten noch größer als auf der luxemburgischen Seite sind, ist diese Landschaft nur ungenügend geschützt.

Die geplante „Liaison Micheville“, welche Belval mit dem französischen Autobahnnetz verbinden soll, führt mitten durch diesen wertvollen Biotopverbund und wird ihn somit nachhaltig zerstören. Des Weiteren wird durch die geplante Verkehrsstraße jeder Austausch zwischen den verschiedenen luxemburgischen Habitatgebieten unterbunden.

Die französische Naturschutzorganisation "Emp-

reinte positive" und zwei weitere französische Naturschutzorganisationen setzen sich seit Jahren für den Erhalt und Schutz dieses Naturkorridors aus. Unterstützt von Mouvement Ecologique u.a. wird eine genaue Prüfung des Impaktes dieser Straße auf die Natura 2000 Gebiete verlangt. Es gilt nicht nur darum wertvolle Naturräume zu schützen, sondern auch ein letztes größeres, zusammenhängendes Erholungsgebiet in einer extrem zersiedelten Landschaft für unsere Nachkommen zu retten.



[WWW.MECO.LU](http://WWW.MECO.LU)

Weitere Informationen finden Sie auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu) sowie [www.empreintepositive.org](http://www.empreintepositive.org)

# Dossier Livingen

## aktuelles

### Augenwischerei von Regierungsseite statt Beantwortung zentraler Fragen

Vor kurzem gab die Regierung bekannt, es würde weiterhin am Projekt von Livingen gearbeitet, jedoch in „reduzierter Form“. Dabei teilte die Regierung jedoch nicht mit, um welche Größenordnung das Projekt reduziert werden soll. Außerdem verwies sie darauf, es solle noch ein Referendum in Roeser stattfinden, welches für sie verbindlich wäre. Dies veranlasste den Mouvement Ecologique zu folgender Stellungnahme:

Gemäss Mitteilung der Regierung hat sich der Promotor des Projektes von Livingen einverstanden erklärt, die geplante Geschäftsfläche zu reduzieren, und ein überarbeitetes Projekt vorzustellen. Die von der Regierung gewählte Formulierung zeigt eigentlich bereits eines der fundamentalen Probleme in diesem Dossier auf: **hier bestimmt nicht die Regierung wo's langgeht, sondern die Regierung liefert sich weiterhin bewusst dem Wohlwollen eines Promotors aus.** Sowohl die Wortwahl "accepte" wie auch die Tatsache, dass die Entwicklung des neuen Projektes dem Promotor überlassen bleibt, belegt dies eindeutig. **Lehren aus der vor Monaten heftig geführten Promotoren-Debatte wurden somit (noch immer) nicht gezogen!** Dabei ist die geplante Größenordnung des kommerziellen Projektanteils zwar durchaus relevant, doch stellt sie nur eines der Probleme unter vielen dar. Dies umso mehr, als der innerstädtische Handel auch mit einem reduzierten „Livingen“ nach wie vor den Kürzeren ziehen würde!

**Zahlreiche Probleme und Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Dossier Livingen bleiben in der Tat weiterhin ungelöst und unbeantwortet. So z.B.:**

- Warum hält die Regierung derart hartnäckig an diesem **Standort** (und dem aktuellen Promotor) fest? Es gibt doch andere potentielle Standorte für das Fußballstadion, die auch in der Abgeordnetenkammer angeführt wurden?
- In wiefern das ausgewählte **Finanzierungsmodell** für den Bau des Stadions wirklich das günstigste aus Sicht der Allgemeinheit ist, bleibt ebenfalls (noch) zu beweisen. Elemente einer Kosten-Nutzen-Rechnung

wurden immer noch nicht vorgelegt. Angesichts der erheblichen Kosten, die bei Livingen auf die Allgemeinheit (!) zukommen würden, dies vor allem für Infrastrukturen im Mobilitätsbereich, bleibt ein derartiger Nachweis der Regierung unerlässlich.

- Der Standort widerspricht nach wie vor allen **Kriterien der Landesplanung**, wies das äußerst negative Gutachten der staatlichen „commission d'aménagement“ belegt: Zerschneidung der Landschaft, Ansiedlung auf der „Grünen Wiese“, keine Abstimmung mit dem Entwurf des sektoriellen Planes Aktivitätszonen, erhebliche Verkehrsproblematik... Die Stellungnahme der staatlichen Kommission ist de facto vernichtend; die Regierung blieb bis jetzt jedwede Reaktion auf diese fundamentalen Bedenken schuldig. Hier scheinen nach wie vor die Interessen der Allgemeinheit vor denjenigen eines Privatpromotors zurück stehen zu müssen!

Dass nun auch noch so getan wird, als ob die endgültige Entscheidung der Gemeinde Roeser und deren Einwohnern ist ein weiteres, **unfares und politisch nicht stichhaltiges Argument in der Debatte:** Es geht hier in erster Linie um eine nationale Planung, nationale Investitionen und um die übergeordneten Prinzipien der Landesplanung. Die EinwohnerInnen der Gemeinde sollen selbstverständlich das Recht haben, das Projekt aus ihrer kommunalen (!) Sicht zu werten. Die grundsätzliche Verantwortung aus der Sicht der Allgemeinheit obliegt der Regierung, die ihrerseits u.a. den landesplanerischen Prinzipien verpflichtet ist!

Das Problem ist nur: Überzeugen konnten die politisch Verantwortlichen von dem Projekt kaum jemanden. Damit bleibt ein bitterer Nachgeschmack und somit der Verdacht, dass an dem Ganzen doch irgendwie etwas „faul“ zu sein scheint (von der „Kumpanei“ zwischen Politikern und Unternehmern mal ganz abgesehen).  
Ob mit mehr oder weniger Verkaufsfläche in Livingen, es bleibt dabei: Wenn ein nationales Fußballstadion gebraucht wird, dann soll dieses gebaut werden. Und zwar vom Staat. Ohne private „Sponsoren“, ohne Outlet. Im Respekt der geltenden Gesetze, in voller Transparenz. Der Staat darf verschiedene Projekte oder Bereiche einfach nicht aus der Hand geben und sich selbst damit in eine Position manövrieren, in der er sich selbst zum einflusslosen Handlanger des privaten Kapitals degradiert. Und wenn momentan das Geld fehlt, sollte man ganz einfach so vorgehen, wie man das bei anderen Projekten,

aus dem Tageblatt

### Rollenspiel

aus dem Luxemburger Wort

„Ein Nationalstadion im ruralen Nirgendwo.“

Die Rollenverteilung sollte indes derart organisiert sein, dass die Politik die Regie führt und sich nicht mit einer der Wirtschaft gehorchenden Nebenrolle begnügt.

Auch die Presse kommentierte das Vorgehen der Regierung sehr kritisch....

Alles andere ist reinste Augenwischerei von Regierungsseite und der Versuch, sich an dieser Verantwortung vorbeizumogeln. Der Eindruck bleibt bestehen, dass die Regierung – ohne nachvollziehbare Argumente – auf Biegen und Brechen an der Realisierung des Projektes mit einem bestimmten Promotor – aufgrund einer zunächst geheimen Absprache – festhalten möchte.

Die Frage nach dem „Warum?“ dieses Regierungshandelns, dies schon vor Monaten anlässlich der Pressekonferenz des Mouvement Ecologique aufgeworfen wurde bleibt weiterhin aktuell!

Es wäre für die Regierung keine Schande, sondern ein Zeichen von politischer Verantwortung, ihre Vorgehensweise zu überdenken und einen Konsens im Interesse der Allgemeinheit herbei zu führen.

# Naturschutzgesetz

## Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum Reformtext des Naturschutzgesetzes

Derzeit arbeitet das Nachhaltigkeitsministerium an einer Reform des Naturschutzgesetzes. Positiverweise lud das Ministerium interessierte Akteure ein, Anregungen zu einem Entwurf seinerseits einzureichen. Auch fand eine spezifische Unterredung nur mit Naturschutzorganisationen, so wie eine Sitzung mit weiteren Akteuren (u.a. auch aus der Landwirtschaft, Naturschutzorganisationen, Betriebe usw.) statt.

Eine der wichtigsten Bestimmungen ist dabei eine Neuregelung, die das Ministerium treffen will. Und zwar soll das Prinzip der „Kompensationen“ festgehalten werden. Nur: Wann und wo und von wem? Hier hat der Mouvement Ecologique ausführliche Vorschläge unterbreitet, die ob der Wichtigkeit, auch integral veröffentlicht werden, damit interessierte Mitglieder diese im Detail einsehen können.

Der Mouvement Ecologique reichte dem Ministerium zudem folgende Anregungen ein (gekürzte Form, weitere Details hierzu sowie den Entwurf der Gesetzesreform wie immer auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu)).

### Ziele verankern sowie Konzept der «corridors écologiques» regeln (Artikel 1)

Es ist absolut unerlässlich, in den Zielen des Gesetzes - Artikel 1 - das Konzept der «corridors écologiques» festzuschreiben. Dieser Begriffe ebenso wie die wissenschaftliche und naturschutzpolitische Bedeutung sind nicht in der notwendigen Form in der aktuellen Zieldefinition enthalten.

Aus mehreren Gründen ist eine formale Übernahme des Begriffes unerlässlich, u.a.:

- Im Sinne einer Kohärenz auch mit anderen Planungen – vor allem des sektoriellen Planes geschützte Landschaften – gilt es den Begriff auch im Naturschutzgesetz zu übernehmen.
- Dies ist umso wichtiger, als Luxemburg das am stärksten durchschnittliche Land innerhalb der EU ist, was äußerst problematisch ist für Arten mit großen Aktionsräumen oder wandernde Arten (z.B. Wildkatze, Amphibien etc). Die Tatsache, dass unser Land heute derart zersiedelt und zerschnitten ist, zeigt, dass die Offenhaltung der verbleibenden Wanderkorridore einerseits und die Entscheidungsmaßnahmen an bestehenden Hindernissen andererseits, dringend umgesetzt werden müssen.
- Die europäische Habitatdirektive fordert zudem in Artikel 10, die ökologische Kohärenz zu fördern, da ansonsten der genetische Austausch zwischen Teilpopulationen nicht mehr möglich ist und somit ein erhöhtes Aussterberisiko bestehen würde. Entsprechend wäre eine Verankerung auch im Sinne der EU-Direktive ein Gebot.
- Selbst wenn strukturreiche Landschaften (z.B. mit linearen Hecken) für verschiedene Arten attraktiver sind als ausgeräumte Bereiche, werden in der Realität alle siedlungserferne Flächen als Wanderkorridore genutzt, selbst wenn diese normal landwirtschaftlich

genutzt werden, da es „optimale“ Korridore bei uns überhaupt nicht mehr gibt. Das bedeutet, dass vielleicht auch ein normaler Acker eine Korridorfunktion hat, wenn er zwischen 2 Wäldern liegt. Das Gesetz bietet bisher in solchen Fällen keine eindeutige Rechtsgrundlage.

Wobei der Mouvement Ecologique zusätzlich darauf drängt, die bestehende Karte der Korridore, die wissenschaftlich nicht umstritten ist, als «annexe» anzufügen, so wie es bereits andere Anhänge im Gesetzestext gibt! Somit entsteht eine zusätzliche Rechtssicherheit.

### Hierarchie der Planungsinstrumente gewährleisten – Rekursrecht einführen (Artikel 12)

- (...) Es ist zwingend ein Rekursrecht einzuführen: Wenn die Regierung entscheiden würde, der Impact eines Projektes sei nicht substantiell und eine „étude d'impact“ wäre nicht erforderlich, so muss eine Naturschutzorganisation die Möglichkeit haben, diese Entscheidung frühestmöglich zu hinterfragen und Rekurs einzureichen. Wäre dies nicht der Fall und könnte erst beim Erteilen der Genehmigung ganz zum Schluss Rekurs wegen Nicht-Erstellung der Impactstudie eingereicht werden, so würde viel Zeit verloren gehen. Dies ist weder im Sinne des Antragstellers, noch des Ministeriums oder der Naturschutzorganisationen. „Réforme administrative“ heißt auch derartige Probleme vorwegzunehmen, und ein frühes Rekursrecht kann in diesem Falle helfen, Zeit und Diskussionen zu sparen.
- In diesem Artikel wird zudem auf die Gesetzgebung betreffend „plans et programmes“ hingewiesen. Allerdings wird z.B. nicht die Vorgabe aufgegriffen, dass Pläne auch internetmäßig und in einer Zusammenfas-

sung verfügbar sein müssen. Das Konzept des „support informatique“ des Gesetzes „plans et programmes“ müsste unbedingt in die Vorgaben betreffend die öffentliche Anhörung aufgenommen werden (Artikel 12 und Artikel 12bis). Dies trifft generell auf alle Prozeduren zu, die im folgenden Gesetz angeführt werden.

### Für einen stärkeren Naturschutz im Innenbereich der Siedlungsräume (Artikel 17)

Der Mouvement Ecologique mag verstehen, dass für Artikel 17 relevante Biotope innerhalb des Bebauungsplanes kein „a priori“ Schutz mehr ausgesprochen wird. Inakzeptabel ist aber die Darstellung, dass es so scheint, als ob gerade das Gegenteil der Fall wäre, nämlich a priori überhaupt kein Schutzstatus mehr bestehen würde. D.h. nur noch eine Genehmigung erforderlich sei, und es vorrangig darum ginge Kompensationsmaßnahmen vorzuschreiben, der Minister aber kaum noch die Möglichkeit habe, ein Projekt zu verweigern.

Der Mouvement Ecologique drängt weiterhin darauf, dass auch im Innenbereich das Vermeidungsprinzip festgelegt werden muss:

- zuerst untersucht werden muss, ob es alternative Möglichkeiten zum vorgestellten Projekt gibt, falls die Naturschutzeinwirkungen relevant sind und ob das Projekt wirklich grundsätzlich zulässig ist;
- falls dies nicht der Fall ist, untersucht werden muss, ob der Impact reduziert werden kann;
- und erst in dritter Instanz die Kompensierung ins Auge gefasst werden soll.

### Natura 2000 (Artikel 37)

- Der Text sieht vor, dass eine Publikation in 2 Tageszeitungen erforderlich sei. Dies widerspricht dem Prinzip, dass eine gewisse Kohärenz zwischen Gesetzgebungen hergestellt werden soll. Es wäre weitaus sinnvoller, auch hier 4 Tageszeitungen anzugeben, sowie ebenfalls an anderer Stelle in diesem Gesetz bzw. in anderen Gesetzgebungen vorgesehen (betreffend die Kommodo-Inkommodo-Genehmigung, Flächennutzungspläne usw.)
- Stellt sich auch die Frage, ob es nicht – um die Sorge der Landwirte aufzugreifen – sinnvoll wäre im letzten Abschnitt des Artikels direkt anzuführen, dass zwar die Pflegemaßnahmen im Verantwortungsbereich des Syndikates liegen, die konkrete Umsetzung der Maßnahmen aber an Landwirte übertragen werden kann.

### Vorkaufsrecht ausdehnen (Artikel 52 bis)

Mit aller Nachdrücklichkeit tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, auch den Gemeinden ein

Vorkaufsrecht aus Naturschutz-Sicht einzuräumen. Denn auch Gemeinden sollen Flächenpools anlegen können, was im Interesse des Staates ist. Wie aber soll dies möglich sein, wenn die Gemeinden nicht ein gewisses Vorkaufsrecht für interessante Terrains in diesem Sinne haben?

Deshalb sollten die Gemeinden in Ihren Bebauungsplänen die Räume innerhalb ihres Territoriums festlegen, welche sich aus ihrer Sicht für das Anlegen eines Flächenpools eignen. Hierzu gehören sonder Zweifel auch die kommunalen Schutzzonen. D.h. nach Ansicht des Mouvement Ecologique sollte dieses Recht nicht a priori für die gesamte Grünzone gelten, sondern für jene Areale, die die Gemeinde als wichtig erachtet. Diese Bestimmung gleicht dann derjenigen des «pacte logement». Nur dank dieser Pools kann eine Kohärenz in die Kompensierungsmaßnahmen gebracht werden. Nur so auch kann sichergestellt werden, dass wichtiges Land den Landwirten nicht verloren geht. Denn die Gemeinde kann sich durchaus dazu verpflichten, dieses Land den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Die Nutzung aber eben an Auflagen – und finanzielle Entschädigungen – zur Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen zu koppeln.

### Kompensierungen: Prinzipien des Konzeptes im Gesetz selbst verankern (Artikel 56 und 57)

Es ist absolut unerlässlich, dass im Gesetz selbst zumindest die Rahmenbedingungen für den Kompensierungsmechanismus konkreter ausgeführt werden, als dies derzeit der Fall ist. Der Mouvement Ecologique kann sich somit nicht mit der aktuellen Absicht des Ministeriums einverstanden erklären, die Detailmodalitäten nicht im Gesetz selbst zu verankern.

Denn mit den heutigen vagen Bestimmungen weiss man nicht «wo's lang geht». Die Rechtsunsicherheit ist zu groß. Ein großherzogliches Reglement sollte ein Umsetzungsreglement sein, und kein Reglement, in dem überhaupt erst der Rahmen abgesteckt wird.

Insofern tritt der Mouvement Ecologique weiterhin dafür ein, dass im Gesetzestext selbst folgende Modalitäten geregelt werden:

- **1. Kompensierungen kein Blanko-Check für Projekte:**  
Trotz Kompensierungen gilt „vermeiden steht vor kompensieren“, nach wie vor sollen gewisse Anträge kritisch hinterfragt – ggf. abgelehnt werden – und auch Optimierung am Projekt verlangt werden dürfen;
- **2. Kriterien festlegen, wo kompensiert werden darf:**  
Der Mouvement Ecologique ist diesbezüglich für eine klare Hierarchie:  
\* soweit wie möglich am Standort selbst kompensieren, durch ein optimal durch-



# top thema

dachtes Projekt, insofern dies möglich und sinnvoll ist (z.B. Landschaftsbrücke bei Zerschneidung der Teillebensräume)

\* insofern nicht möglich, sollte in der Nähe des Eingriffs kompensiert werden, falls es aus naturschützerischer Sicht angebracht ist (z.B. wäre ein Ersatztümpel neben einer Straße eher eine tödliche Falle als eine Kompensation)

\* ansonsten sollte in einem dafür von Staat und Gemeinden vorgesehenem Flächenpool kompensiert werden. Dass ziellos und unkohärent hie und da von Promotoren Land gekauft und für Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt wird, ist nicht zielführend. Die Kompensierung sollte zudem im gleichen "secteur écologique" erfolgen.

Der Unterhalt und die Optimierung bestehender Habitats in den Schutzgebieten dürfen dabei nicht als Kompensationsareale dienen. Hierbei handelt es sich um eine Aufgabe der öffentlichen Hand, die von Staat und Gemeinden übernommen werden muss: Kompensationsmaßnahmen müssen einen Plus gegenüber gängigen Arbeiten darstellen.

- **3. Rahmenbedingungen festgelegt werden:** z.B. die Dauer der notwendigen Unterhaltsarbeiten,
- **4. Definieren, wer die Gestionsmaßnahmen festlegt und wer sie wahrnehmen darf**
- **5. Geregelt wird, wer die Kosten übernimmt** Dabei geht es darum, dass der Antragsteller die Kosten integral übernehmen muss. Es kann nicht sein, dass er hierzu Fördergelder beantragt, dass es sich um ein bezuschungswürdiges Projekt handelt und dann die öffentliche Hand de facto einen Teil der Kosten übernimmt. Dies würde einerseits dem Prinzip "pollueur payeur" widersprechen und andererseits würde derart auch zu sehr die Finanzprioritäten von Staat und Gemeinden durch Kompensationsprojekte mitbestimmt.

Diese und andere Mindestkriterien sollten in aller Deutlichkeit im Gesetz übernommen werden. Sie lediglich in einem eventuellen großherzoglichen Reglement festhalten zu wollen, würde nicht ausreichen und zuviel Rechtssicherheit darstellen.

Der Mouvement Ecologique ist im Übrigen der Überzeugung, dass eine Neuordnung des Artikels 57 in diesem Sinne äußerst angebracht wäre. Der Artikel ist doch recht unkohärent aufgebaut und eine logischere, verständlichere und übersichtlichere Struktur – Antrag – Kriterien – Rahmenbedingungen – Kosten ... wäre weitaus angebrachter.

Ob der Bedeutung dieser Textpassage sollte man mit der notwendigen Sorgfalt vorgehen

und auch nicht zögern, erneut in diese Formulierung zu investieren.

## Informationspflicht des Antragstellers präzisieren

Der Mouvement Ecologique ist zudem der Überzeugung, dass noch klarer geregelt werden soll, welche Informationen der Antragsteller selbst liefern sollte. Es ist nicht am Staat gewisse Arbeiten zu leisten, sondern am Antragsteller. Folgende Passage sollte deshalb aufgenommen werden:

Die Verpflichtung des Antragstellers folgende Informationen zu liefern:

« – Une évaluation du projet à l'aide du système numérique d'évaluation et de compensation

– Les mesures compensatoires proposées sur base de l'inventaire biologique et des résultats du système numérique d'évaluation et de compensation. Le ministère peut le cas échéant demander au requérant une analyse plus détaillée que celle fournie lors de la demande, ceci endéans le mois suivant l'introduction du dossier.

Pour les projets à faible impact environnemental à définir par le Ministre, une description du projet avec indication des ouvrages ou autres mesures sur carte topographique et plan cadastral est suffisante.»

## Vermeiden vor Kompensieren

Wie bereits angeführt, sollte auch hier das Prinzip festgelegt werden, dass die Vermeidung von Eingriffen in die natürliche Umwelt vor der Kompensierung steht! Die Kompensierung darf kein Blanko check für Zerstörungen sein, die vermieden werden müssten oder aber könnten.

Insofern sollte ein neuer Artikel eingefügt werden:

### « Art. 56bis.

«Les mesures de compensation doivent obligatoirement respecter les conditions suivantes:

- *Le responsable du projet est tenu de réduire au maximum les impacts sur l'environnement naturel. Ainsi il doit démontrer qu'il n'existait pas d'alternative réaliste permettant la réalisation du projet avec de moindres effets négatifs sur l'environnement naturel*
- *Si le responsable du projet ne peut compenser à juste titre les effets sur l'environnement naturel aucune autorisation ne peut être accordée pour le projet en question.*

*Le ministère a le droit de demander régulièrement à l'acteur responsable de la compensation un monitoring sur l'évolution des habitats et espèces protégés en vertu de la présente loi.»*

## Vorgaben betreffend Mindestanforderungen an die Genehmigung

Wenn das Ministerium schon die Auflagen betreffend Kompensierungsmaßnahmen nicht deutlicher klären will, müsste es ein « Must » sein, aber gewisse Mindestkriterien im Gesetz selbst zu verankern, die dann im Reglement weiter ausgeführt wurden.

(...) Des Weiteren sollte ein großherzogliches Reglement obligatorisch weitere Vorgaben regeln.

## Flächenpool anlegen: Ein Must!

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique müsste die oben angeführte Hierarchie der Kompensationsmaßnahmen festgeschrieben werden:

- **Priorität auf Maßnahmen am Standort**
- **Zweite Priorität: in direktem Umfeld**
- **Dritte Priorität: im Rahmen von anzulegenden Flächenpools. Dabei sollten diese obligatorisch von Staat und Gemeinden angelegt werden. Denn nur so kann zahlreichen Problemen entgegen gewirkt werden.**

## Vorteile des Konzeptes der Flächenpools:

\* **ein optimaler Einsatz der Gelder:** statt, dass hie und da eine punktuelle Maßnahme ergriffen wird, kann eine kohärente Strategie erfolgen;

\* **einen realen Naturschutznutzen:** nur so auch kann gewährleistet werden, dass eine wirkliche «plus value» aus Naturschutzsicht entsteht;

\* **eine gewisse Garantie für Landwirte:** Landwirte haben zu Recht die Sorge, dass Kaufpreise für Land ins Unermessliche ansteigen falls private Akteure gezwungen werden, selbst Kompensationsflächen zu erwerben bzw. ihnen ggf. Land verloren geht. Befindet sich der Flächenpool in öffentlicher Hand, so kann gewährleistet werden, dass die bisherigen Pächter die Terrains weiter nutzen können. D.h. dies wohl verbunden mit gewissen Auflagen, für welche sie aber entschädigt werden. Insofern entsteht kein Nachteil für Landwirte, was im Falle der Nichtanlegung von Flächenpools der Fall wäre (Aufkauf durch Promotoren ua.m.);

\* **Verfügbarkeit des Terrains:** Promotoren haben das Problem, geeignetes Land für Kompensationsmaßnahmen zu finden, was natürlich Befremden gegenüber der Idee als solchen auslöst. Mit dem Konzept der Flächenpools könnte diese Sorge aufgegriffen werden, Promotoren sich in diese Einkauf, ohne dass sie selbst "auf Land-suche" gehen müssen. Promotoren die bereits heute über Kompensationsfläche verfügen, sollen die Gelegenheit haben, diese in öffentliche Hand zu übertragen, falls diese Flächen den Kriterien eines Pools entsprechen.

Natürlich sollte die Gestion der Fonds dann auch fachlichen Kriterien unterliegen. (...)

## Artikel 57: Die Gestion der Gebiete eindeutig festlegen –

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die Verwaltung der Maßnahmen vom Umweltministerium, und nicht von der Verwaltung, durchgeführt werden sollen, da ansonsten die Gefahr des „juge et parti“ der Verwaltung besteht, so das Audit über die Verwaltung (Etudes et Formation, 2001). Dies entspricht auch der aktuellen Praxis mit einer „cellule verte“, die die Genehmigungen auf Ministeriumsebene bearbeitet. Allerdings ist es doch recht hoch gegriffen, wenn hier 6 Personen spezifisch für Kompensationsmaßnahmen angestellt werden sollen. Dies angesichts der doch ansonsten recht schwachen Personaldecke für Naturschutzbelange. Der Fokus der Personalgestion müsste doch in einem offensiven Naturschutz liegen...!

Diese Anzahl ist auch deshalb doch als recht hoch gegriffen anzusehen, da Studienbüros die Oekopunkte-Bewertung vornehmen und Syndikate / Stiftungen die Bewirtschaftung und konkrete Umsetzung.

Des Weiteren tritt der Mouvement Ecologique für die Einstellung von „scientifiques, tels que biologistes, géographes, écologues, ingénieurs agronomes« ein.

## Finanzierung der Kompensationsmaßnahmen regeln

Artikel 57 sieht nunmehr in der letzten Zeile vor : « Les frais résultant de la mise en oeuvre des mesures compensatoires sont à charge du demande d'autorisation ». Es ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique aber unerlässlich – wie bereits angeführt – darüber hinaus zu regeln, dass nicht nur die Studien, sondern auch die Umsetzung vom Antragsteller zu finanzieren ist.



# Jagd

## Stellungnahme des Mouvement Ecologique zu dem neuen Reglement betreffend die Abschlusspläne

Bekannterweise hat sich der Mouvement Ecologique sehr stark in der Reform des Jagdgesetzes involviert. Das reformierte Gesetz weist durchaus Mängel auf, doch ist es grundsätzlich positiv zu werten. Allerdings wird derzeit an einem sehr wichtigen großherzoglichen Ausführungsreglement gearbeitet. In diesem wird festgelegt, wieviel in Zukunft innerhalb eines Revieres geschossen werden darf bzw muss. Es versteht sich von selbst, dass dieses Reglement neben jenem betreffend die Fütterung DAS zentrale Reglement schlechthin ist. Wird doch hier sichergestellt, dass die Jagd effektiv im Interesse des Naturschutzes und der Allgemeinheit erfolgt, wissenschaftlichen Kriterien entspricht ... und nicht vom Jäger alleine festgelegt wird.

Der Mouvement Ecologique ist im „Conseil Supérieur de la Chasse“ vertreten, der über einen ersten Entwurf des Reglementes diskutiert hat. Anbei sei die Stellungnahme veröffentlicht. Den Entwurf des Reglementes finden Sie auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu)

Der Mouvement Ecologique möchte am vorliegenden Entwurf drei zentrale Abänderungsvorschläge anbringen :

### 1. Erstellung der Abschlusspläne seitens des Nachhaltigkeitsministeriums auch aufgrund naturschutzfachlicher Kriterien

Der Mouvement Ecologique erachtet es als staatliche Aufgabe, die Abschlusspläne zu definieren. Dies aus mehreren Gründen, so u.a.:

- Nur so kann gewährleistet werden, dass diese auch auf oekologisch begründeten und naturschutzfachlichen Kriterien basieren und in aller Objektivität im Interesse der Allgemeinheit erstellt werden.
- Dies vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die Zusammensetzung der "commissions cynégétiques" derart ist, dass kein Akteur mit spezifischen Fach- Kompetenzen in diesem Gremium vertreten sein muss (z.B. Wildbiologe).
- Zudem ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass es vom Arbeitsaufwand her für das Nachhaltigkeitsministerium weitaus arbeitsintensiver wäre, Entwürfe der "commissions cynégétiques" zu überprüfen, als aufgrund einheitlicher Kriterien (die an das jeweilige Gebiet angepasst werden) selbst Entwürfe zu erstellen (bzw. erstellen zu lassen).

Insofern sieht der Mouvement Ecologique eine gegensätzliche Vorgehensweise, als im bisherigen Reglementsentwurf vorgesehen als notwendig. Statt, dass die "commissions cynégétiques" Entwürfe erstellen, soll dies der Staat tun. Allerdings sollte den "commissions cynégétiques" die Möglichkeit eingeräumt werden, diese zu kommentieren und ihrerseits auch begründete Änderungsvorschläge vorzulegen.

### 2. Keine Erstellung für einzelne "lots de chasse" / Reviere sondern für gesamte Regionen

Darüber hinaus ist es nach Ansicht des Mouvement Ecologique schlichtweg irreell und aus fachlicher Sicht auch höchst umstritten, derartige Abschlusspläne für einzelne kleine "lots de chasse" zu erstellen. Auch in der Praxis dürfte sich dieser Vorschlag als Trugschluss erweisen. Wie z.B. sicherstellen, dass nicht standorttreue Arten tatsächlich gemäss festgelegten Abschussquoten gejagt werden können, wenn diese doch von "Los zu Los" wandern. Die derzeitige Vorgabe der Festlegung von festen minimalen und

maximalen Abschussquoten auf derart kleinem Territorium ist schlichtweg nicht möglich. Insbesondere für das grossräumig „wandernde“ Rotwild sind revierübergreifende Abschlusspläne erforderlich, wobei hier nicht von vornherein eine Maximalfläche festgelegt wird

(siehe Artikel13), sondern allein die Biologie und das Migrationsverhalten der Art bestimmend ist. Bei dieser Art ist auch die geschlechterspezifische Ratio der Abschüsse genau zu definieren (max.30% männliche Hirsche auf 70% Kahlwild (Hirschkuhe und Jungtiere)). Ein weiteres Ziel des Abschlussplanes sollte die mittel- bis längerfristig massive Reduktion von illegal ausgesetzten Arten wie Damwild und Mufflon sein.

Die Aufgabe der "commissions cynégétiques" ist es als dann die Verteilung der zu erfolgenden Abschüsse auf die einzelnen Revier zu verteilen.

Die Aufstellung der Abschlusspläne für die einzelnen Jagdreviere ist somit Aufgabe der "commission cynégétique"...

### 3. Legale Vorgaben ohne wirksame Sanktionen greifen nur begrenzt

Die Sanktionen im vorliegendem Entwurf sind doch sehr niedrig angesetzt und verleiten kaum dazu an, die Vorgaben zu berücksichtigen. Dass einem lediglich die "dispositifs de marquage" abgenommen werden, heisst ja nicht einmal, dass ein Jagdverbot ausgesprochen wird.... Auch sind keine finanzielle Strafen vorgesehen. Hier müsste unbedingt nachgebessert werden.

Dies würde u.a. folgende Abänderungen am Reglementsentwurf bedeuten:

- Artikel 1: Hier müsste festgelegt werden, dass die Kompetenz für die Erstellung dem Ministerium obliegt, das den Entwurf den "commissions cynégétiques" "pour avis" zustellt. Diese müssen dann in einem festgelegten Zeitrahmen antworten.
- Artikel 2: Hier gilt es die Parzellen für Abschlusspläne neu zu definieren und auch minimale fachliche Kriterien für diese Pläne festzulegen. Dies in folgendem Sinne:

«Art.2 Le plan de tir fixe sur la base d'une méthodologie scientifique le nombre minimal (...) pour chaque région cynégétique. La gestion des espèces cerfs élaphe et sanglier nécessite une coordination au niveau nationale. Le plan de tir est établi sur la base d'une méthodologie scientifique rigoureuse, qui tient compte de la biologie de l'espèce, des conditions écologiques stationnelles et des

## Vorankündigung – Kongress 2012 des Mouvement Ecologique am Samstag, 10. März!

Der Kongress 2012 des Mouvement Ecologique findet am Samstag, den 10. März Nachmittags im Hôtel Parc Belle-Vue, 5, av. Marie-Thérèse, in Luxemburg-Stadt statt.

Aktuelle Themen, die dort angesprochen werden können, gibt es ausreichend: von jenen betreffend ein Dossier wie „Livingen“ bis zu generellen Fragen der Mobilität.

Schreiben Sie sich deshalb bitte schon heute das Datum auf, und zeigen Sie durch Ihre Anwesenheit, dass Sie hinter den Ideen des Mouvement Ecologique stehen!



*dégâts occasionnés. A ce titre sera installé un réseau de surfaces de contrôles permettant d'évaluer le broutage en forêt (Weiserflächen).*

*Dans les lots de chasse avec une présence constante de cerfs élaphe, le nombre de femelles/jeunes à tirer sera au moins égale au double de cerfs mâles.*

*Le plan de tir vise l'extermination des espèces daim et mouflons.»*

- Artikel 6: Dieser Artikel müsste ebenfalls angepasst werden, in dem Sinne, dass die "commissions cynégétiques" sich nicht treffen um die Pläne zu erstellen, sondern den Vorschlag des Ministeriums innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens zu begutachten.

- Artikel 17: Der Mouvement Ecologique möchte anregen, dass die «commissions cynégétiques» aufgrund der Abschlusspläne die «dispositifs de marquage» untereinander verteilen. So soll auch die Möglichkeit bestehen, diese – aufgrund der Realität auf dem Terrain und der evtl «Migration» der Tiere, diese untereinander zu verteilen.

- Artikel 20: Die Sanktionen / Strafen müssten doch weitaus effizienter geregelt werden.

**WWW.MECO.LU**

Weitere Infos wie immer auf [www.meco.lu](http://www.meco.lu)



Nur wenn der Staat aufgrund von fachlichen Kriterien vorgibt, in welchem Ausmaß welche Tierarten gejagt werden dürfen bzw. müssen – und nicht die Jagdbetreiber – können die Interessen des Naturschutz- und Tierschutzes sowie der Allgemeinheit gewahrt sein. Entsprechend sind Abänderungen am Reglementsentwurf betreffend die Abschlusspläne unerlässlich.

# Landesplanung

## Ausweisung von großräumigen Wohngebieten in der „zone verte“?

Für den Mouvement Ecologique ist eine kohärente Landesplanung von herausragender Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Landes. Unseren Informationen nach wurde nunmehr eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, um neue Gebiete für grössere Wohnbauprojekte außerhalb der Bauperimeter festzulegen...! Auch soll die Liste der Gemeinden, die laut Landesplanung als besonders entwicklungswürdig gelten, ausgeweitet werden.

Mit diesen Vorhaben droht eine weitere Zersiedlung der freien Landschaft und eine völlige Infragestellung der Landesplanung.

Der Mouvement Ecologique richtete ein entsprechendes Schreiben an den Landesplanungs- bzw. Wohnungsbauminister.

Messieurs les Ministres,

C'est le programme directeur adopté par le gouvernement luxembourgeois en date du 27 mars 2003 qui constitue la base de la politique d'aménagement du territoire au Luxembourg. Ce document de base définit un système de «centres de développement et d'attraction – CDA» dont les buts sont définis comme suit (p.131): «Il a pour double objectif d'orienter la politique des investissements publics et de fournir l'armature urbaine nécessaire à la mise en œuvre d'une politique de déconcentration concentrée. Le système des centres de développement et d'attraction constitue par ailleurs, pour les politiques sectorielles à impact spatial, un cadre de référence de logique territoriale, répondant aux exigences du développement durable.»

A part la capitale (CDA d'ordre supérieur), le programme directeur définit 14 CDA d'ordre moyen dont 2 (Esch/Alzette et Diekirch) comme centres régionaux.

Le concept IVL a repris le principe de la déconcentration concentrée, tout en proposant – dans la perspective d'une croissance démographique

continue – la désignation de centres d'attraction supplémentaires.

Les deux documents mettent par ailleurs un accent particulier sur la priorité à accorder à une urbanisation des surfaces non encore bâties à l'intérieur des périmètres d'agglomération, à la réhabilitation et la modernisation des constructions existantes. Ceci afin d'éviter une consommation supplémentaire de terrains encore vierges en zone verte.

Le «pacte Logement» par lequel l'État et la commune se sont engagés à unir leurs efforts pour augmenter l'offre de logements et pour réduire le coût du foncier et de l'habitat n'a pas suffisamment privilégié – de l'avis du Mouvement Ecologique – les centres de développement et d'attraction et a ainsi encouragé davantage une «dispersion de l'habitat» qui «va à l'encontre des objectifs d'amélioration de la mobilité des transports en commun» (Suivi du développement territorial du Luxembourg à la lumière des objectifs de l'IVL – mai 2008, p. 49). Ce même monitoring constate par ailleurs que «la préservation des espaces naturels pâtit de l'étalement urbain observable dans de nombreuses communes».



Dass die Regierung scheinbar plant, hundere von neuem Hektar Bauland in der Grünzone auszuweisen, besorgt den Mouvement Ecologique. Deshalb richtete er ein entsprechendes Schreiben an die beiden zuständigen Minister.

Force est de constater que les instruments visant à mobiliser les terrains potentiels à bâtir à l'intérieur des agglomérations n'ont pas (encore) été appliqués dans la mesure souhaitable.

L'avant-projet de plan sectoriel «Logement» a retenu 39 communes jugées prioritaires tout en déclarant vouloir respecter le principe de la déconcentration concentrée qui se base sur les centres de développement et d'attraction du programme directeur.

D'après nos informations, un groupe de travail interministériel a été chargé de désigner des communes «prioritaires» supplémentaires d'une part et de délimiter d'autre part des sites en zone verte pour la réalisation de grands projets immobiliers.

Cette évolution nous préoccupe au plus haut degré: Notre mouvement est en effet d'avis que les

principes énoncés par le programme directeur (et du concept IVL réalisé – faut-il le rappeler

- à grands frais) sont mis en cause de façon évidente, notamment
- le principe de concentration déconcentrée
- la priorité à accorder à l'urbanisation à l'intérieur des périmètres d'agglomération ainsi que
- la sauvegarde des paysages et des aires naturelles de récréation.

Notre mouvement est hautement préoccupé par cette évolution. Avant toutefois de prendre une position publique, nous aimerions discuter avec vous sur les différents aspects. Nous vous saurions gré, Messieurs les Ministres, de bien vouloir nous accorder une entrevue à court terme à cet effet. (...)

# klima

## Kein CO2 in die Erde pumpen - Stellungnahme zum Gesetzentwurf 6302 zur CCS-Technologie

Derzeit wird in der Abgeordnetenkommission über den Gesetzesentwurf 6302 zum CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage) diskutiert, welcher eine Umsetzung der EU-Direktive (2009/30/CE) in die nationale Gesetzgebung darstellt. Dabei geht es darum zu regeln, unter welchen Bedingungen in Luxemburg CO2 „vergraben / entsorgt“ werden darf, die sogenannte CCS-Technologie.

Im „exposé des motifs“ zum Entwurf erklären die Autoren, dass die Anwendung der CCS-Technologie auf dem Territorium des Großherzogtums Luxemburg, aus geologischen und hydrologischen Gründen, wohl kaum in Frage komme.

CO2-Abscheidung und Einlagerung im Untergrund sind zudem mit großen Risiken verbunden und auch aus Klimaschutzsicht höchst umstritten.

Der Mouvement Ecologique richtete deshalb einen Appell an die Abgeordnetenkommission sich für ein Verbot dieser Technologie in Luxemburg auszusprechen.

Sehr geehrte Mitglieder der Nachhaltigkeitskommission,

Der Mouvement Ecologique kann sich nicht einverstanden zeigen mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf 6302 zum CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage), sogar wenn es sich „lediglich“ um die Transposition einer EU-Direktive (2009/30/CE) in die nationale Gesetzgebung handeln würde, wie im „exposé des motifs“ angeführt.

Denn im gleichen „exposé des motifs“ erklären die Autoren des Entwurfs ebenfalls, dass die Anwendung der CCS-Technologie auf dem Territorium des Großherzogtums Luxemburg, aus geologischen und hydrologischen Gründen, wohl kaum in Frage komme.

Umso unverständlicher erscheint demnach, dass die luxemburgische Umsetzung der Direktive – wie diese es durchaus erlaubt – nicht einfach verfügt, Genehmigungen der CCS-Technologie

auf luxemburgischem Territorium seien generell unzulässig. Auch der Staatsrat sowie die Arbeitnehmerkammer plädieren in ihren jeweiligen Stellungnahmen für diesen Weg.

In der Tat sind die CO2-Abscheidung und Einlagerung im Untergrund mit großen Risiken verbunden.

So kann, wie in mehreren Gutachten, u.a. des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) nachgewiesen wurde, die CO2-Verpressung Leckagen oder Erdbeben verursachen. Entweichendes Kohlendioxid, das sich in Senken oder Tälern ansammelt, kann zur Gefahr für die Bevölkerung werden. Auch die zukünftige Versorgung mit Trink- und Brauchwasser ist dadurch gefährdet.

Zudem gibt es bisher keine brauchbaren Konzepte, wie die Dichtheit eines CO2-Endlagers nachgewiesen werden kann, bevor es genehmigt und in Betrieb genommen wird. Umfangreiche Darstellungen der CO2-Endlager in Rechenmodellen und Computer-Grafiken täuschen häufig einen Wissensstand vor, der in der Realität nicht vorhanden ist. Die Ergebnisse dieser Rechenmodelle beruhen zumeist auf nicht dokumentierten Annahmen und sind im Regelfall weder valide noch verifizierbar.

# aktuelles



Die CCS-Technologie wird keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz bringen. Auf EU-Ebene dient sie den großen CO2-Emittenten wie Energiekonzernen oder der Stahlindustrie dazu, den Neubau von klimaschädlichen Kraftwerken und Industrieanlagen zu legitimieren. Die Entwicklung dieser Technologie blockiert strukturell den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Entwicklung von klimafreundlichen Produktionsprozessen. Auch dagegen wäre ein generelles Verbot der CCS-Technologie in Luxemburg ein klares Zeichen.

Der Mouvement Ecologique fordert Sie deshalb auf, den vorliegenden Gesetzesentwurf nicht in der vorliegenden Form gutzuheißen, sondern sich für ein Verbot dieser Technologie in Luxemburg auszusprechen. (...)

## Autofestival-Spezial: Die umweltverträglichsten Automodelle auf [www.oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu) Das Jahr der Elektromobilität

**Die Familie der Elektroautos bekommt 2012 Nachwuchs. Und dies in großer Stückzahl. Sieben neue Modelle sollen auf den Markt kommen. Siebenlinge werden es keine sein: die Palette reicht vom kleinen Zweisitzer bis zum geräumigen Kastenwagen. Doch auch bei Autos mit klassischem Verbrennungsmotor tut sich dieses Jahr viel. Das Internetportal OekoTopTen.lu zeigt kurz vor dem Autofestival die aktuellen sparsamen Modelle in 7 übersichtlichen Listen..**

Renault ist 2012 wohl am fleißigsten und rollt mit gleich 4 neuen Modellen an. Der kleinste Spross ist ein Zweisitzer namens Twizy. Ein weiteres Modell ist ZOE, die elektrische Schwester des Clio. Dazu gesellen sich die Limousine Fluence Z.E. und der Kastenwagen Kangoo Z.E.. Renault verfolgt bei der Vermarktung seiner Elektro-Flotte einen etwas unkonventionelleren Weg als seine Konkurrenz: die Batterie ist beim Kauf nicht inbegriffen, sondern wird gemietet. Folglich sind die Verkaufspreise der Fahrzeuge deutlich wettbewerbsfähiger. Der Mietpreis der Batterie für den Fluence Z.E. beläuft sich auf rund 85 € pro Monat.

Opel wird als erster europäischer Autohersteller ein Elektroauto mit Range Extender auf den Markt bringen. Eine Reichweite von bis zu 500 km wird versprochen. Dies sind 300 km mehr als

beim vergleichbaren Fluence Z.E.. Um dies zu erreichen schlagen gleich zwei Herzen im Motorraum. Neben dem Elektromotor wird mit Hilfe eines Verbrennungsmotors elektrische Energie erzeugt, welche die Batterie wiederum auflädt.

Nachdem Nissan sein Elektrofahrzeug schon letztes Jahr auf den luxemburgischen Markt bringen sollte, wird der Leaf erst 2012 sein Debüt in Luxemburg feiern. Wie die bereits seit 2011 auf dem Markt erhältlichen Elektro-Drillinge Citroën C-Zero, Peugeot iOn und Mitsubishi i-Miev, ist die Batterie im Preis mit inbegriffen. Dies erklärt dann auch den hohen Kaufpreis von über 30.000 € für ein Modell der Kompaktklasse. Dieses Jahr werden uns dann noch Elektro-Modelle der Marken Honda und Smart versprochen. Vor allem bei Honda, die bereits einige Erfahrungen mit Batterien im Bereich der Hybrid-Technik gemacht ha-

ben, kann man gespannt sein auf die technischen Raffinesse des Elektromobils.

Noch vorsichtig mit der neuen Technik sind die großen deutschen Automobilhersteller. VW, Mercedes-Benz und BMW stellen 2012 auf den großen Messen ihre ersten Elektromodelle vor. Dabei handelt es sich allerdings nur um Prototypen. Serienreife Modelle sollen dann 2013 folgen.

Bei aller Liebe zur Elektromobilität soll man allerdings nicht vergessen, dass die Verbreitung elektrischer Fortbewegungsmittel Probleme bei der zukünftigen Stromproduktion mit sich bringt. Der Verzicht auf fossile Brennstoffe für die Mobilität kann im Gegenzug den Anstieg von Kohle, Öl, Gas oder Atomstrom in der Stromproduktion bedeuten. Alternative Energien, wie Photovoltaik, Biomasse, Wind- oder Wasserkraft müssen in Zukunft weiter ausgebaut werden, um der Elektromobilität eine nachhaltige Chance zu geben.

Neben den aktuell erhältlichen Elektroautos bietet die Internetseite [www.oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu) eine Übersicht zu allen sparsamen Modellen. Aufgeteilt in den gängigen Kategorien von Stadtwagen bis Van gibt es ausführliche Informationen zu zahlreichen Modellen, wie z.B. der Verbrauch und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Interessant ist auch die Angabe zu der anfallenden Autosteuer. Für den Autokäufer ist es oft schwer ersichtlich, ob er in den Genuss der Prämie CARE von 750 € bis 1.500 € respektive 5.000 € kommt. Aus diesem Grund sind alle in Frage kommenden Modelle, welche die Bedingungen der Prämie erfüllen, klar in den Listen gekennzeichnet. Wer sich also während des Autofestivals noch nicht für ein konkretes Modell begeistern konnte, sollte einen Blick auf die Internetseite [www.oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu) werfen.

Thierry LAGODA  
Projektleiter [www.oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu)

# OekoTopTen

## Aeren Don fir Mensch, Natur an Emwelt

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, zukunftsweisende Mobilität, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik, ökologische Landwirtschaft, alternative Energien fördern, Beteiligung der BürgerInnen: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie Projekte in all diesen Bereichen.

Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren  
Tel. 43 90 30 – 50 oder  
[oekofonds@oeko.lu](mailto:oekofonds@oeko.lu), [www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)



Spenden an die Stiftung Öko-Fonds sind steuerlich absetzbar.

Unsere Konten:  
CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000  
BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000

Öko-Fonds. Am Déngscht  
vu Mënsch an Ëmwelt.  
[www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)



## Neue sparsame Geräte bei OekoTopTen.lu

Das Webportal [www.OekoTopTen.lu](http://www.OekoTopTen.lu) ist die erste Wahl bei der Suche nach ökologischen Produkten in Luxemburg. In über 80 Produktlisten hat der Konsument eine Riesenauswahl an sparsamen Modellen.

Um der stetigen Marktentwicklung gerecht zu werden, aktualisiert das OekoTopTen-Team regelmäßig alle Produktlisten. Neue Modelle werden hinzugefügt und veraltete Geräte von den Listen gestrichen.

Ende letzten Jahres wurden folgende Produktgruppen aktualisiert:

- Kühl- und Gefriergeräte
- Waschmaschinen
- Geschirrspüler
- Trockner
- Energiesparlampen
- Tintenstrahl- und Laserdrucker

Neu auf [www.oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu) sind seit letztem Dezember die Computerbildschirme.